

## Antrag

der AfD-Fraktion

auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemäß § 60 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages Brandenburg zum Thema:

### **Vertrauen in die Demokratie sinkt - „Parteienstaat“ in der Krise?**

#### Begründung:

Das Grundgesetz hat den Parteien erstmals in der deutschen Geschichte Verfassungsrang zugeschrieben: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Im Gegensatz zu dieser zurückhaltenden Formulierung steht die gegenwärtige Praxis. Über die Mitwirkung hinaus haben die Parteien seitdem eine Art Monopolstellung in Staat und Gesellschaft erlangt und bauen diese ständig weiter aus. Bundespräsident Herzog hat diese Tendenz seinerzeit scharf kritisiert und gefragt, „ob die politischen Parteien mit ihrem momentanen Tun und Treiben und vor allem mit ihren Machtansprüchen nicht vollends rechtswidrig handeln und ob sie nicht gar dabei sind, die geltende Verfassung in einen anderen, so nicht vorgesehenen und daher eigentlich verfassungswidrigen Zustand zu transformieren“.

Für das schwindende Vertrauen in die Demokratie, die auch von Regierungsvertretern in Brandenburg festgestellt wurde, sind in Brandenburg vor allem drei Folgen des Parteienstaats von Bedeutung: die Beschädigung der Gewaltenteilung, die Zusammenarbeit von Staat und Medien sowie die parteipolitische Monopolisierung der politischen Willensbildung. Zumindest Indizien für die Gefährdung der Gewaltenteilung waren bei der Besetzung des Landesrechnungshofs, die ohne öffentliche Ausschreibung und Bestenauslese erfolgte, auszumachen. Die Nähe der Medien insbesondere zu den Regierungsparteien wird durch Treffen des Bundeskanzlers mit der Geschäftsführung von *Correctiv* kurz vor dem Skandal um das „Potsdam-Treffen“ dokumentiert. Die Bauern- und Mittelstandsproteste der letzten Wochen haben deutlich gemacht, wie sehr die politische Willensbildung mittlerweile durch die Parteien dominiert wird. Andere gesellschaftliche Gruppen haben nahezu keinerlei Möglichkeit mehr, den Willensbildungsprozess zu beeinflussen. Dadurch ist das Vertrauen in die Demokratie erodiert. In der Aktuellen Stunde soll über den Parteienstaat als mögliche Ursache des Vertrauensverlusts in unser politisches System debattiert werden.